

# Fachtagung „Sozialer Zusammenhalt“ am 5.6.2008 in Potsdam

---

Andreas Kaczynski

## „Wie können bürgerschaftliches Engagement und soziale Infrastruktur zusammenwirken?“

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich spreche hier als Vertreter eines großen Wohlfahrtsverbands, der in Brandenburg ca. 350 gemeinnützige Vereine und Gesellschaften unter seinem Dach versammelt, die im sozialen Bereich tätig sind.

Die Frage unserer Dialogrunde ist eine der zentralen Grundfragen der Freien Wohlfahrtspflege überhaupt. Die Frage kann dabei in zwei Richtungen gestellt werden:

1. Welche Funktion hat bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Wohlfahrtsverbände, die wesentliche Anbieter sozialer Infrastruktur sind?
2. Wie können sich Bürger verstärkt in ihr Gemeinwesen einbringen und wie können Wohlfahrtsverbände dies unterstützen?

Um die erste Frage beantworten zu können, muss ich einen kleinen Exkurs in die Geschichte der Freien Wohlfahrtspflege machen.

Vor über 100 Jahren entstanden starke soziale, bürgerschaftlich getragene Bewegungen als Antwort auf die großen, sozialen Herausforderungen im Kontext der Industrialisierung, die sich in kürzester Zeit zu Vereinen und Verbänden formierten, um ihren Einsatz besser koordinieren, ihren Einfluss auf Politik und Staat stärken zu können. Aus den Bewegungen von einst sind längst große Wohlfahrtsverbände – andere sagen auch Wohlfahrtskonzerne – geworden, die mit über einer Million hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Milliardenumsätze machen mit der Organisation sozialer Infrastruktur. Möglich wurde dies durch eine weltweit einzigartige, gesetzliche Regelung, die frei-gemeinnützigen Trägern einen Vorrang vor staatlich organisierten Angeboten einräumt: Das Subsidiaritätsgebot!

Doch neben der „Professionalisierung“ und „Verberuflichung“ sozialen Engagements hat sich auch immer das Ehrenamt behauptet. In den 70er Jahren in Westdeutschland belebt und befruchtet durch die Selbsthilfebewegung, erfährt es seit den 90er Jahren auch in den Wohlfahrtsverbänden eine Renaissance. Auslöser sind insbesondere drei Faktoren:

1. Der Gesetzgeber hat die Wohlfahrt seit den 90er Jahren verstärkt auf Markt getrimmt (Einführung prospektiver Entgelte, Zulassung gewerblicher Anbieter). Dabei gerieten die Wohlfahrtsverbände in eine **Identitätskrise**, die teilweise bis heute anhält. Zahllose Leitbilddebatten zeugen von der tiefen Verunsicherung, die bis tief in die ehrenamtlichen Verbandsmilieus reicht. Dieses Ehrenamt trägt nach wie vor die Verbände sei es ideell oder auch finanziell. Die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln hat den „Wert“ des Ehrenamtes neu unterstrichen, aber auch seine „Grenzen“ deutlich werden lassen. So kommt es mitunter zur Trennung des

ideellen Vereins von den operativ tätigen Töchtern, die häufig von hauptamtlichen Vorständen geleitet werden.

2. Die Gemeinnützigkeit der Verbände gerät immer stärker unter Druck, weil im Zuge der europäischen Harmonisierung die Öffnung der Märkte vorangetrieben wird und sich die Verbände immer weniger von gewerblichen Anbietern unterscheiden. Die Verbände gerieten in eine **Glaubwürdigkeitskrise**, die ebenfalls bis heute anhält und regelmäßig von SPIEGEL, STERN und anderen Meinungsmachern belebt wird. So entdecken die Wohlfahrtsverbände wieder verstärkt ihre Funktion, gegenüber der „Gewinnmaximierung“ die „Gemeinwohlmaximierung“ zu fördern und dazu auch verstärkt auf das Ehrenamt zu setzen.
3. Die wachsende Überschuldung der öffentlichen Haushalte ist auch an der Finanzierung sozialer Dienstleistungen nicht vorbei gegangen. Abschläge bei Entgelten und Pflegesätzen sind inzwischen die Regel. So gerieten die Wohlfahrtsverbände selbst in eine **Finanzkrise**, deren Ende noch nicht absehbar ist. Eine Reaktion auf die erheblichen Rationalisierungsanstrengungen und die damit einhergehende Unzufriedenheit der „Kunden“ etwa im Pflegebereich war die Aktivierung ehrenamtlicher Ressourcen. Neben „grünen Damen“, ehrenamtlichen Hospizgruppen oder von Freiwilligen organisierten Tafeln und Kleiderkammern gibt es heute bei allen Verbänden eine Vielzahl ehrenamtlich/freiwillig getragener Initiativen, die die bezahlten Dienstleistungen ergänzen.

Die Wohlfahrtsverbände tun viel für diese freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Ehrenamtskurse, passgenaue Vermittlung durch Ehrenamtsbörsen, Mentoren, Weiterbildung, Auszeichnungen und Zertifikate sind nur einige Stichworte für den „neuen“ Umgang mit engagementbereiten Bürgern. Das „Makeln“ zwischen Freiwilligen und sozialen Einsatzfeldern, zwischen den Bedürfnissen des Zeit Spendenden und den mitunter handfesten, wirtschaftlichen Interessen der Einsatzstellen gehört heute zu den Kernkompetenzen aller großen Verbände. Im PARITÄTISCHEN Brandenburg sorgen zukünftig ausgebildete „Ehrenamtsmanager“ für die notwendige Organisation nach innen und außen.

**Auf die Eingang gestellte Frage:**

*Welche Funktion hat bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Wohlfahrtsverbände, die wesentliche Anbieter sozialer Infrastruktur sind?*

**kann man also ganz pauschal antworten:**

**Das Ehrenamt wirkt „Identität stiftend“, es hebt die „Glaubwürdigkeit“ der Verbände und federt die aus dem Finanzierungsdruck resultierende Verdichtung sozialer Arbeit durch ergänzende Tätigkeiten ab.**

Die „natürliche“ Integration freiwilligen Engagements in die Wohlfahrtspflege ist trotz aller Anstrengungen nicht überall gelungen. Nach wie vor stoßen Freiwillige auf Verdrängungsängste bei den beruflich Tätigen und auf Vorbehalte in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit; sie werden auf reine Hilfstätigkeiten reduziert und ihre Anwesenheit mitunter als Last empfunden.

So ist es nicht verwunderlich, dass das „klassische“, verbandsgebundene Ehrenamt auf dem Rückzug ist, während in jeder größeren Stadt Freiwilligenagenturen entstehen, die jenseits der traditionellen Milieus sehr erfolgreich Bürgerengagement wecken und koordinieren. Und es entstehen gänzlich neue Engagementformen, die insbesondere aus dem angelsächsischen Raum nach Deutschland wirken, wie „community organizing“ oder „Bürgerplattformen“ als „außerparlamentarischer“ Willensbildungs- und Aktionsprozess, wie so genannte „Marktplätze“ oder „corporate citizenship“ als neue Verknüpfung des gemeinnützigen Sektors mit gewerblichen Unternehmen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden.

Und damit leite ich über zur zweiten, Eingangs gestellten Frage:

*Wie können sich Bürger verstärkt in ihr Gemeinwesen einbringen und wie können Wohlfahrtsverbände dies unterstützen?*

Auch diese neuen Formen treffen auf Widerstand, insbesondere, wenn sie von Politik und Verwaltung eigene Rechte einfordern, sich bspw. über Bürgerentscheide ins politische Geschäft einmischen, wenn sie eigene Ideen jenseits des Geplanten entwickeln oder einfach nicht den Instanzenweg einhalten.

Wichtig ist deshalb die Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements jenseits von Freiwilliger Feuerwehr, Kultur- und Sportvereinen oder Krankenhausbesuchsdiensten. Wenn Menschen sich ehrenamtlich oder – moderner gesprochen – freiwillig im Gemeinwesen engagieren und auch politisch „mitmischen“ wollen ohne gleich in eine Partei einzutreten, wenn es ihnen um die Gestaltung ihres Lebensumfeldes geht, um besseres Wohnen, Kinderspielplätze, Nachbarschaftshilfen oder ökologische Anliegen, dann müssen politisch Verantwortliche hellwach sein! Denn kaum etwas macht eine Stadt, einen Ortsteil lebendiger und lebenswerter als aktive Bürger. Selbst wenn dabei etwas Reibung entsteht, wenn sich vielleicht unterschiedliche Interessen gegenüber stehen, muss Bürgerengagement als Bereicherung begriffen werden! Das ist aber längst nicht überall der Fall!

Viele dieser Initiativen wären deshalb schnell zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht koordiniert und beraten würden. Hier können die Erfahrungen (und Ressourcen) der Wohlfahrtsverbände wertvolle Hilfe leisten, denn sie wissen, wie das „politische“ Geschäft läuft. Sie sind Experten in Sachen demokratischer Meinungsbildungsprozesse oder im Umgang mit Medien. Und sie bringen die notwendige „Gelassenheit“ mit, denn häufig kommt es auf die notwendige Moderationskompetenz und die „richtigen“ Verbindungen an, um seinem Anliegen Gehör verschaffen zu können.

All dies verlangt Kompromissfähigkeit und gegenseitigen Respekt, was auch gelernt werden will. Wohlfahrtsverbände im Sinne „erfahrener Mentoren“ für engagierte Bürger haben deshalb nicht nur die Aufgabe, „Türen zu öffnen“, sondern auch Verständnis für politische „Sachzwänge“ oder das politisch „Machbare“ zu wecken.

**Auf die zweite gestellte Frage:**

***Wie können sich Bürger verstärkt in ihr Gemeinwesen einbringen und wie können Wohlfahrtsverbände dies unterstützen?***

**kann man also ganz pauschal antworten:**

**Gemeinwesen müssen „offen sein“ für die Anliegen ihrer Bürger, ja sie sogar im Engagement bestärken und Wohlfahrtsverbände können ihre Kernkompetenzen einsetzen, um jenseits kurzfristiger Verbandsinteressen den Aufbau einer Bürgergesellschaft zu fördern. Ein Auftrag, der sich übrigens in den meisten Satzungen finden sollte und einen wesentlichen Grund für den „Vorrang“ der Freien Wohlfahrtspflege darstellt!**